Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (PS/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. DIE LINKE und die soziale Gerechtigkeit
2. Warum schont ihr Merkel?
3. So haben GewerkschafterInnen gewählt
4. SPD-Bezirksvorsitzender Franz Schindler fordert eine parteiinterne Aufarbeitung – Fusion mit Linken im Visier
5. Linkspartei nach der Wahl: Krasser Shit
6. Labour-Partei macht in Großbritannien Schluss mit ÖPP – wann zieht die SPD nach?
7. The AfD's breakthrough shows that parties of the left must get radical
8. Existenzminimum wird bei Umzug gekürzt
9. Alternativer Nobelpreis: Drei Preisträger mit ähnlicher Mission
10. Schlafwandelnd in den Atomkrieg: Wie sich die USA auf den Erstschlag vorbereiten
11. Rüstung: Industrie erwartet steigende Etats
12. NATO-Hauptquartier für Spezialoperationen geplant
13. Arme Bauern und globales Business: Ein Feature über Entwicklungshilfe in Mosambik
14. Vorbild statt Interventionismus
15. Panikmache vor „russischen AfD-Bots": Nullnummer und Feindbildpflege
16. Studierende?
17. Veranstaltungshinweis: Willy Wimmer udn Wolfgang Bittner – Der Einfluss der USA auf Europa
18. Das Allerletzte: Es war ein Fehler, Dresden wieder aufzubauen

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **DIE LINKE und die soziale Gerechtigkeit**
   Allen Grund nachzudenken hat DIE LINKE trotz ihres guten Ergebnisses darüber, dass nur 11 Prozent der Arbeitslosen sie unterstützt haben – weniger als SPD (23 Prozent), AfD (22 Prozent) und Union (20 Prozent) und gerade mal etwas mehr als FDP und Grüne (je 7 Prozent) – und nur 10 Prozent der Arbeiter (Union 25 Prozent, SPD 24, AfD 21). Das sind zwei Prozent mehr als bei der FDP(!), die von acht Prozent der Arbeitern gewählt wurde. Der Schlüssel für diese mangelnde Unterstützung durch diejenigen,

die sich am unteren Ende der Einkommensskala befinden, ist die verfehlte „Flüchtlingspolitik“. Dieser Vorwurf trifft nicht nur DIE LINKE, sondern alle bisher im Bundestag vertretenen Parteien, weil bei ihren Antworten auf die weltweite Flüchtlingsproblematik das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit außer Kraft gesetzt wurde. Und das auf doppelte Weise: Die soziale Gerechtigkeit verpflichtet dazu, denen zu helfen, die darauf am meisten angewiesen sind. Man darf die Lasten der Zuwanderung über verschärfte Konkurrenz im Niedriglohnsektor, steigende Mieten in Stadtteilen mit preiswertem Wohnraum und zunehmende Schwierigkeiten in Schulen mit wachsendem Anteil von Schülern mit mangelnden Sprachkenntnissen nicht vor allem denen aufbürden, die ohnehin bereits die Verlierer der steigenden Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen sind. Die Erfahrung in Europa lehrt: Wenn diese Menschen sich nicht mehr durch linke bzw. sozialdemokratische Parteien vertreten fühlen, wählen sie in zunehmendem Maße rechte Parteien.
Quelle: Oskar Lafontaine via Facebook

Anmerkung Jens Berger: *Hinzuzufügen wäre, dass die Linke gerade im Westen und dort vor allem bei jungen Wählern in den Städten ordentliche Zugewinne verbuchen konnte. So gewann die Linke in Hamburg 3,4 Prozentpunkte und liegt dort bei 12,2%. Und sogar in den Flächenländern Bayern und Niedersachen konnte die Linke die 5%-Hürde meistern. Das sind mehr als Achtungserfolge. 2017 ist die Linke endgültig eine gesamtdeutsche Partei.*

2. **Warum schont ihr Merkel?**
   Am Tag zwei nach der Bundestagswahl schießen sich die Medien ein – auf Seehofer und Schulz. Doch die Frau, die die größte Klatsche von den Wählern bekommen hat, wird geschont: Kanzlerin Merkel. Warum? Wieso finden SPON, ZEIT & Co. kein Wort der Kritik an einer Politikerin, die am Tag nach ihrer größten Wahlniederlage sagt, sie habe alles richtig gemacht und würde auch niemals nichts ändern? (…) Hinter dieser Berichterstattung steckt System. Denn Merkel & ihre Medien versuchen genau diesen Eindruck zu erwecken: Sollen die anderen zappeln, sie ist und bleibt der ruhende Pol. Sollen die anderen Vorschläge machen, sie sucht sich die besten aus. Für unsere Hauptstadt-Presse scheint dies das Normalste der Welt, sie hält Merkels Politik-Verweigerung für die höchste Form der Politik.
   Quelle: Eric Bonse
3. **So haben GewerkschafterInnen gewählt**
   Mehr als 50 000 Menschen hat die Forschungsgruppe Wahlen am Tag der Bundestagswahl 2017 zu ihrer Stimmabgabe interviewt. Ein großer Teil der Befragten hat den MeinungsforscherInnen zudem Auskunft über Gewerkschaftsmitgliedschaft,

Erwerbsstatus und Berufsgruppe gegeben. Diese Zahlen bilden die Basis für die einblick-Wahlgrafiken zur Bundestagswahl, die nun zum fünften Mal veröffentlicht werden. Sie zeichnen ein Bild davon, wem die GewerkschafterInnen in Deutschland bei der Bundestagswahl am 24. September ihre Stimme gegeben haben.
Quelle: DGB

Anmerkung Paul Schreyer: *Demnach haben auch mehr Gewerkschaftsmitglieder (!) für die AfD (15%) als für die Linke (12%) gestimmt. Nicht nur die SPD hat ein Problem, auch die Linke.*

Ergänzung Albrecht Müller: *Man könnte noch ergänzend hinzufügen: Vielleicht haben auch die Gewerkschaften und ihre Medien ein Problem. Am Montag habe ich nämlich die Gegenblende gelesen und einen Beitrag des dortigen Chefredakteurs. Da zog es mir – alltagssprachlich formuliert – die Schuhe aus. Wenn der Chefredakteur eines wichtigen Organs des DGB nichts anderes als solche formal demokratischen Töne von sich geben kann und nichts zur arbeitnehmerfeindlichen Politik von schwarz und rot, von grün und gelb zu sagen vermag, dann muss man sich nicht wundern, dass viele Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen bei der AfD landen. Und dort dann noch schlechter bedient werden.*

4. **SPD-Bezirksvorsitzender Franz Schindler fordert eine parteiinterne Aufarbeitung – Fusion mit Linken im Visier**
Wer das Bundestagswahlergebnis der SPD verstehen will, muss rund 15 Jahre zurückblicken. Davon ist der Oberpfälzer Bezirksvorsitzende Franz Schindler aus Schwandorf überzeugt. […]
Die Sozialdemokraten müssen nach Schindlers Auffassung nun vor allem an sich selbst arbeiten. Was aber sollten sie tun, um das Vertrauen der Wähler zurückzugewinnen? "Die SPD muss sich eingestehen, dass die Agenda-Politik von Schröder falsch war. Wer behauptet, das war wichtig, um das Land nach vorne zu bringen, lügt die Menschen an", erklärt Schindler. Der Aufschwung nach 2005 sei ein Zyklus der Weltwirtschaft gewesen, mit der Agenda 2010 habe das nichts zu tun gehabt. "Diesen Fehler müssen wir einräumen, bekennen."
Schindler fordert von seiner Partei wieder "eine Politik, die von Menschen auch verstanden wird". Dazu müssen die Hartz-IV-Gesetzgebung abgeschafft und Fehler in der Rentenpolitik, wie die Anhebung des Renten-Alters, rückgängig gemacht werden. Diese Entscheidungen aus der rot-grünen Schröder-Regierung verfolgten die SPD bis heute. Die Wahlentscheidung vieler Menschen sei von Unsicherheit getrieben gewesen, zum Beispiel durch befristete Arbeitsverträge oder Hartz IV. "Auch wenn

viele Menschen in Wohlstand leben, haben sie Angst." Die SPD müsse "nachhaltig eine andere Politik formulieren". Und das "auch in einer Weise, dass es die Menschen glauben." Dazu dürften sich die Sozialdemokraten auch "nicht zu fein sein, auf den Dörfern wieder mit den Leuten zu reden und in der analogen Welt präsent zu sein." Eine Annäherung an die Linke ist für Schindler mittelfristig unumgänglich. "Wir müssen uns nicht nur für eine Zusammenarbeit mit den Linken öffnen, ich bin auch für eine Fusion. Nicht morgen, aber bald."
Quelle: Onetz

Anmerkung Albrecht Müller: *Die Bezirke und damit die Bezirksvorsitzenden waren in der SPD früher die entscheidenden Machtfaktoren. Das ist durch die Gründung von Landesverbänden und ihre Bedeutungserhöhung etwas reduziert, aber immer noch sind die Bezirke und die Bezirksvorsitzenden wichtig. Die Äußerungen des Bezirksvorsitzenden Franz Schindler könnten in mehrfacher Hinsicht ein Signal sein: unter anderem für den Abschied von der Agenda 2010 und für die Zusammenarbeit mit der Linkspartei bis hin zur Fusion. Seine Äußerung ist jedenfalls ein Anfang für einen Weg in die richtige Richtung.*

5. **Linkspartei nach der Wahl: Krasser Shit**
Die Linkspartei freut sich nach der Wahl über viele Neueintritte – und hat viel zu debattieren: Wie weiter im Osten, wie weiter mit der SPD, wie weiter gegen die AfD? (…) »Der Erfolg der AfD straft all jene Strategen der Unionsparteien Lügen, die hofften, durch eine flüchtlingsfeindliche Politik rechtsaußen wieder Stimmen gut zu machen. Wer rechts wählen wollte, wählte lieber das Original«, so kommentiert die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke das Ergebnis – und man kann das auch als Wortmeldung nach innen verstehen – als Reaktion auf eine Äußerung von Spitzenkandidatin Sahra Wagenknecht am Wahlabend. Die hatte mit Blick auf das Flüchtlingsthema erklärt, man habe »dort auch vielleicht bestimmte Probleme ausgeklammert, in der Sorge, dass man damit Ressentiments schürt«. Damit habe man es »am Ende« der AfD überlassen, »bestimmte Dinge anzusprechen, von denen die Menschen einfach erleben, dass sie so sind«. Nicht nur der Berliner Kultursenator Klaus Lederer hielt dagegen: »Eine ernsthafte Linke kann einpacken, wenn sie sich die politische Agenda von 12,6-Prozent-Rechtsextremen diktieren lässt. Aber das tun wir nicht.« Auch von außerhalb kam Kritik. Die frühere Grünen-Politikerin Jutta Ditfurth forderte die Linkspartei auf, sie solle »selbstkritisch analysieren, dass eine nationale ‚Linke' als Spitzenkandidatin, die auf Kosten von Flüchtlingen in den Gewässern der AfD fischt, dazu führt, dass Tausende von linken Menschen sie noch nicht einmal mehr aus taktischen Gründen zu wählen bereit waren«. (…) Die Zustimmung unter denen,

die bei Nachwahlbefragungen angeben, sie seien erwerbslos oder Arbeiter, ist am Sonntag zurückgegangen.
Quelle: Tom Strohschneider im Neuen Deutschland

Anmerkung Udo Brandes: *Bezeichnend die Reaktion von dem Berliner Linkenpolitiker Klaus Lederer und noch schlimmer von Jutta Dithfurth, die schlicht nicht wollen, dass real vorhandene Konflikte thematisiert werden. Lederer hätte genau so gut sagen können „Wir lassen uns nicht von der Realität unsere politische Agenda diktieren." Dies sind alles Anzeichen dafür, dass die Linkspartei „grünifiziert", man könnte auch sagen, „verbürgerlicht" und immer weniger dazu in der Lage ist, die Probleme und Sorgen der Arbeiterklasse aufzugreifen und so zu formulieren, dass es dort auch ankommt. Damit würde sie dann genau das tun, was Didier Eribon in seinem Buch "Rückkehr nach Reims" beschrieben hat: Die Arbeiterklasse im Stich lassen. Und diese sucht sich dann woanders eine politische Heimat.*

6. **Labour-Partei macht in Großbritannien Schluss mit ÖPP – wann zieht die SPD nach?**
   Auf dem gestrigen Parteitag hat die britische Labour-Partei den Stopp von öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) beschlossen. Gleichzeitig wollen die britischen Sozialdemokraten bestehende ÖPP-Verträge zurück in die öffentliche Hand bringen. Dazu Carl Waßmuth, Sprecher von Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB): „Labour macht Schluss mit Privatisierung und ist damit richtig erfolgreich. Jetzt ist ÖPP dran: Nirgendwo auf der Welt wurden schon so lange und auch so viele ÖPP-Verträge abgeschlossen wie in Großbritannien. Die Menschen dort kennen die fatalen Folgen dieser Privatisierungsform bestens, sie hassen ÖPP. Labour hat das gestern aufgegriffen und Schluss gemacht mit ÖPP. Wir beglückwünschen sie zu diesem Schritt."
   Quelle: GiB
7. **The AfD's breakthrough shows that parties of the left must get radical**
   Germany's SPD is not alone – social democracy is in crisis across Europe. As Jeremy Corbyn's Labour understands, we need a complete break with the neoliberal model (…) The starting point is to stop characterising the small but vibrant leftist parties as "populist", or "just as bad as the right". Instead, social democrats need to learn from the radical left, and engage with them both ideologically and tactically. (…) As they start work this morning to rebuild, the first task of German social democrats is to scrap the Lisbon treaty inside their heads. Amending it in practice will be easy once they can imagine a future in which the state defends the people and the planet, not the financial elite.

Quelle: Guardian

8. **Existenzminimum wird bei Umzug gekürzt**
Wenn Leistungsberechtigte des Arbeitslosengelds II umziehen, erhalten sie vom Jobcenter Darlehen für die Mietkaution. Zur Rückzahlung dieser Darlehen wird der monatliche ALG-II-Satz um 10 Prozent gekürzt – so lange, bis das Darlehen getilgt ist. Bei einer Kaution von drei Monatsmieten und einer Miete von 500 Euro dauert das drei Jahre; noch länger ist es bei Anteilen für Wohnungsbaugenossenschaften. Während dieser Zeit erhalten ALG-II-Beziehende also nicht die – ohnehin minimalen – 409 Euro, sondern nur 368 Euro. Damit soll jahrelang sowohl der Lebensunterhalt bestritten als auch gesellschaftliche Teilhabe garantiert werden. Eine Kleine Anfrage [PDF] der Linksfraktion zeigt, dass die Bundesregierung diese Existenzgefährdung komplett ignoriert.Die Bundesregierung zeigt sich in ihrer Antwort [PDF] fachlich komplett uninformiert. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) kennt weder die Zahl der Betroffenen noch die Zeiträume der Leistungskürzungen.
Quelle: Die Linke im Bundestag

Anmerkung Christian Reimann: *Und wie eine Belohnung für diese Aktion – aber auch andere Handlungen, die Konzernen nützen, aber unter denen viele Menschen hierzulande zu leiden haben – soll Frau Nahles wohl die Funktion der Oppositionsführerin erhalten, falls die SPD tatsächlich in die Opposition gehen sollte. Es deutet sich also an, dass ein inhaltlich-programmatischer Neuanfang innerhalb der SPD verhindert werden soll, denn mit so einer Personalie wird quasi der "Bock zum Gärtner" gemacht. Bitte lesen Sie dazu auch Eindrücke vom Wahlabend und Bemerkenswertes am Wahlergebnis und seiner Interpretation.*

9. **Alternativer Nobelpreis: Drei Preisträger mit ähnlicher Mission**
Der Alternative Nobelpreis wird in diesem Jahr dreigeteilt: Geehrt werden ein Anwalt, eine Journalistin und eine Aktivistin. In unterschiedlichen Ländern finden sie "praktische Lösungen für globale Probleme", urteilt das Komitee. (…) Bei der Preisvergabe wird nach den Worten des Chefs der Stiftungsleiters Ole von Uexküll besonders auf die "Signalwirkung" der Preisträger geachtet. Die sollen eben nicht nur für ihre individuellen Leistungen ausgezeichnet werden. Die von ihnen gefundenen und gelebten "pra nun ktischen Lösungen für globale Probleme" sollen andere dazu ermutigen, ihrem Beispiel zu folgen. Etwa, wenn es darum geht, grundlegende Menschenrechte von Bürgern am Rand einer Gesellschaft zu schützen. Das habe der diesjährige Preisträger – der indische Anwalt Colin Gonsalves – getan: "Ein Beispiel dafür war der 'Right To Food'-case, wo er vor dem Obersten Gerichtshof das Recht auf Nahrung erstritten hat. Dadurch hat sich dann für 400 Millionen Menschen der Alltag

dahingehend geändert, dass jetzt ihre Nahrungsmittel anders subventioniert werden als vorher und dass jeder Schüler und jeder Student in Indien das Recht auf ein freies Mittagessen hat", erklärt von Uexküll.
Quelle: Tagesschau

10. **Schlafwandelnd in den Atomkrieg: Wie sich die USA auf den Erstschlag vorbereiten**
Erneut warnen prominente amerikanische Wissenschaftler davor, dass die USA ihre Atomwaffen modernisieren. Schnell, genauer und leichter werden die neuen Atomwaffen. Damit steigt die Gefahr für einen atomaren Erstschlag. In den Konzepten mancher US-Strategen ist er bereits eingeplant.
Quelle: RT deutsch
11. **Rüstung: Industrie erwartet steigende Etats**
Die Unternehmen aus der Rüstungsindustrie blicken optimistisch in die Zukunft; für Europa rechnen sie mit wachsenden Verteidigungsbudgets. Intern haben sie aber Nachholbedarf in Sachen Innovationskraft und Cyber-Security, so eine Studie. Über 90 Prozent der befragten Manager aus der Rüstungsindustrie geht davon aus, dass aufgrund der aktuellen politischen Lage die Ausgaben der Verteidigungspolitik steigen werden. Für 2018 und 2019 erwarten 36 Prozent ein Wachstum zwischen 2 und 5 Prozent. Mehrere Gründe kommen als Ursache für diese Prognose in Betracht: 57 Prozent nennen zunehmende Spannungen zwischen Ost und West, 49 Prozent geben den auftretenden Nationalismus an.
Quelle: Consulting.de

Anmerkung Christian Reimann: *Wenn die politischen Entscheidungsträger – wie jüngst in der Großen Koalition – jahrelang Rüstungsexporte zulassen und der Konfrontation mit Russland quasi freien Lauf lassen, dürfen solche Erwartungen seitens der Rüstungsindustrie nicht wundern. Außerdem hat die Politik in Deutschland und der EU bereits zu Beginn dieses Jahres deutliche Signale für den Wunsch nach mehr Rüstungsausgaben gegeben – bitte lesen Sie dazu:*

a. *Höhere Rüstungsausgaben wegen Trump? Es ist an der Zeit, die Weichen neu zu stellen*
b. *Trump, Trump, Trump … und wenn der Theaterdonner sich verzogen hat, bleibt uns vor allem eins: höhere Rüstungsausgaben*

Zu befürchten ist, dass die neue Bundesregierung – vermutlich eine sog. Jamaika-Koalition – diese Erwartungen auch erfüllen wird und insbesondere die Spannungen mit Russland zunehmen werden.

12. **NATO-Hauptquartier für Spezialoperationen geplant**
In Hardheim (Neckar-Odenwald-Kreis) entsteht zur Zeit ein NATO-Gefechtsstand zur Koordinierung multinationaler Spezialeinsätze. Schon Wochen vor dem geplanten Einzug einer Führungsunterstützungskompanie gab es Proteste. (…) Die Hauptaufgabe dieser neuen Einheit wird die Bereitstellung eines Gefechtsstands sein, in dem ab 2020 ein NATO Special Operations Component Command (SOCC) multinationale Spezialeinsätze koordinieren soll. (…) Bis 2020 soll die Kaserne mit umfangreicher IT und Fernmeldetechnik ausgestattet werden, um dann von dort aus die Spezialkräfte mehrerer NATO-Mitgliedstaaten im Einsatz zu führen, wie die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) bestätigte. Für den Standort habe es „überzeugende Argumente“ gegeben.
Quelle: Informationsstelle Militarisierung e.V.
13. **Arme Bauern und globales Business: Ein Feature über Entwicklungshilfe in Mosambik**
Mosambik, die Republik im Südosten Afrikas, gehört zu den zehn ärmsten Ländern der Welt. Auf dem Land, wo die meisten Mosambikaner leben, hat sich die Armut und der Hunger seit 2002 sogar noch verschärft. Doch Europas Entwicklungspolitik ist mehr Konjunkturprogramm für unsere Wirtschaft denn Unterstützung für Afrikas Bauern. Die internationale Gemeinschaft vergibt Kredite an Firmen, die bereits Marktführer sind. Sie unterstützt Gesellschaften mit Briefkastensitz auf Mauritius, die hunderte Bauern von ihrem Acker vertreiben, und Unternehmen, an denen korrupte Politiker beteiligt sind. Diese gießen die Interessen der globalen Konzerne -wie strenge Saatgutrichtlinien- in nationale Gesetze.
Quelle: BR
14. **Vorbild statt Interventionismus**
Bernie Sanders fordert zu einer neuen Außenpolitik auf
Letzte Woche hielt Senator Bernie Sanders, der Herausforderer Hillary Clintons in den letzten Präsidentschaftsvorwahlen der Demokratischen Partei, eine Rede zur Außenpolitik in Fulton im US-Bundesstaat Missouri. Dort, wo Winston Churchill vor 71 Jahren seine berühmte Rede vom Eisernen Vorhang gehalten hatte.
Sanders’ Rede (die der Zeitschrift The Nation nach eine seiner besten überhaupt war), richtete sich oberflächlich betrachtet gegen die Außenpolitik des amtierenden republikanischen Präsidenten Donald Trump – das “eigentliche Ziel” waren der Washington Post nach aber die Demokraten, denen der lange unabhängige Senator nur wenig indirekt zu einer Abkehr vom Interventionismus riet, dem das Establishment der Partei spätestens seit dem Kosovokrieg folgt (vgl. Klares Votum für ein unabhängiges Mafiastan).
“Viel zu oft”, so Sanders, “hatten amerikanische Interventionen und der Einsatz

amerikanischer Militärmacht nicht intendierte Konsequenzen, die unmessbaren Schaden anrichteten": "Ja, es ist verhältnismäßig leicht, den Sturz einer Regierung zu organisieren – aber es ist sehr viel schwerer, zu wissen, welche langfristigen Auswirkungen solche Handlungen haben werden." Er empfahl stattdessen ein Vorgehen, das die Washington Post nach Henry David Thoreaus Einsiedeleistandort eine "Walden-Pond-Theorie der US-Außenpolitik" nennt: Amerika so zu verbessern, dass es der Welt ein Beispiel sein kann, den man seiner hohen Lebensqualität und der vielen Freiheiten wegen freiwillig folgt. Präsident Harry S. Truman, den Sanders in diesem Zusammenhang lobte, beschränkte sich allerdings im Kalten Krieg nicht nur darauf, sondern unternahm auch erhebliche Rüstungsanstrengungen.
Quelle: Telepolis

15. **Panikmache vor „russischen AfD-Bots": Nullnummer und Feindbildpflege**
Medien wie die Bild-Zeitung oder die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) berichten von einem Social Bot-Net, das am Wahl-Sonntag und kurz davor die AfD unterstützt haben soll. Die Wirksamkeit von derartigen automatischen Twitter-Nutzern ist allerdings zu Recht umstritten, nicht nur in diesem Fall.
„Nachdem die teils hysterischen Warnungen vor russischer Einflussnahme in den Wahlkampf sich als Nullnummer herausstellten, versucht man offenbar auf den letzten Metern nun doch noch die russischen Hacker ausfindig zu machen." So kommentierte Jens Berger vom Onlinemagazin „Nachdenkseiten" gegenüber Sputnik die Meldungen.
Die Medien beriefen sich auf einen Bericht des „Digital Forensic Research Lab" (DFRLab) – ein Projekt der Denkfabrik „Atlantic Council" – zwei Tage vor der Wahl in einem Blogeintrag, laut dem ein Bot-Netzwerk Tweets mit dem Schlagwort „Wahlbetrug" besonders am Samstag massenhaft geteilt habe.
Die Bild-Zeitung nahm an, dass viele Posts mit dem Hashtag „Wahlbetrug" von „automatisierten Accounts vorgenommen wurden." Und fragte anschließend konspirativ: „Unklar ist, ob es sich bei der Kampagne um mehr als bloße Propaganda handelt." Auch das Magazin „Der Spiegel" berichtete online über die „Last-Minute-Propagandawelle", kam aber zu dem Schluss, dass „der Erfolg solcher Kampagnen bis zum Wahltag allerdings überschaubar war."
Quelle: Sputnik Deutschland

16. **Studierende?**
Wer an deutschen Universitäten noch von Studentinnen und Studenten spricht, steht unter Diskriminierungsverdacht. Ob damit aber Diskriminierung verhindert wird, steht auf einem anderen Blatt. (…) Wie ist es dazu gekommen? Ich erinnere mich noch, wie Anfang der achtziger Jahre die Studenten begannen, von sich selbst als «Studis» zu reden. Nie hätten wir Achtundsechziger, die wir eher zu theoretischer Grossspurigkeit neigten, uns auf diese Weise verkleinert. Parallel zu dieser «Selbst-

Verhaustierlichung» (André Kieserling) nahmen die Studenten nun oftmals eine Bittstellerhaltung ein: Man möge doch stärker auf ihre Betroffenheit eingehen und sie mit Diskussionsdruck verschonen. Dies hat sich in der Folgezeit, nun vermischt mit dem allgegenwärtigen Diskriminierungsverdacht, immer weiter verschärft. Dazu passt, dass es bei Konflikten zwischen Dozenten und Studenten heutzutage fast nur noch um Noten oder Terminfragen, jedoch nie um Inhalte geht. Und es ist nur die Kehrseite dieser Entwicklung, wenn Kritik von Studenten an Professoren nunmehr den Charakter feiger Denunziation annimmt.
Quelle: NZZ

17. **Veranstaltungshinweis: Willy Wimmer udn Wolfgang Bittner – Der Einfluss der USA auf Europa**
Die USA sind der bestimmende Faktor der politischen Entwicklung im Osten Europas. Seit langem bereiten sie mit geheimdienstlichen Mitteln Umstürze vor, beeinflussen die zentralen Medien und entkernen die Souveränität europäischer Staaten. Die verhängnisvolle
Einflussnahme der US-amerikanischen Regierung auf die zentralen Medien und die Politik Europas schildern und analysieren Staatssekretär a.D. Willy Wimmer und der Schriftsteller und Jurist Dr. Wolfgang Bittner kenntnisreich in ihren Büchern „Die Akte Moskau“ und „Die Eroberung Europas durch die USA“. Bereits 1961 warnte der US-Präsident und ehemalige Generalstabschef der Armee, Dwight D. Eisenhower, vor den verhängnisvollen Verflechtungen und Einflussnahmen des „militärisch-industriellen Komplexes“ auf die Politik der USA. „Das Potenzial für die katastrophale Zunahme fehlgeleiteter Kräfte ist vorhanden und wird weiterhin bestehen“, sagte Eisenhower. „Wir dürfen es nie zulassen, dass die Macht dieser Kombination unsere Freiheiten oder unsere demokratischen Prozesse gefährdet.“ […]
Kino Babylon
4.Oktober 2017
19.00 Uhr (Einlass ab 18:30 Uhr)
Eintritt / Ticket: 12,-€
babylonberlin.de
Quelle: Flyer

18. **Das Allerletzte: Es war ein Fehler, Dresden wieder aufzubauen**
Quelle: Jutta Ditfurth via Twitter